

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil sowie
für die Rubrik „Zur Lokalfrage“
verantwortlich:
Karl Lanlau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Vierteljährlich inkl. Bringerlohn
2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 M., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M.
inkl. Postgebühren.
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Kaffka.

No. 106

Magdeburg, Mittwoch, den 8. Mai 1895.

6. Jahrgang.

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Die Vertreter von 61 deutschen Städten, welche auf Anregung des Abg. Dr. Sangerhans am Sonntag in Berlin versammelt waren, nahmen einstimmig eine Resolution an gegen die Umsturzvorlage. Sie erblickten in derselben eine Einschränkung derjenigen Freiheit der öffentlichen Kritik, welche die unentbehrliche Voraussetzung einer gesunden Entwicklung des öffentlichen Lebens und insbesondere kommunaler Selbstverwaltung ist. Die Protestler glauben, daß durch Annahme der Vorlage die Unzufriedenheit bedeutend vermehrt wird und erwarten die Ablehnung der Vorlage durch den Reichstag.

Die Versammlung der **Vertreter kommunaler Vereine** war von 350 Personen besucht. Magdeburg war nicht vertreten. Der Geist, der über dem Rathaus unserer Heimatstadt weht, ist hierdurch trefflich gekennzeichnet. Von bürgerlichen Elementen war diese Versammlung einberufen, und nicht ein einziger Vertreter der bürgerlichen Parteien in Magdeburg wagte es, an diesem Proteste teil zu nehmen — auch Dr. Winter fehlte, der einzige bürgerliche Vertreter, der den Mut gezeigt hat, eine Petition gegen die Umsturzvorlage zu unterzeichnen. Es wird hohe Zeit, daß in das Stadtverordnetenkollegium das Proletariat einzieht, um „Leben in die Hude“ zu bringen.

Den versammelten Vertretern kommunaler Vereine rief der Prinz Schönau-Carolath (natlib.) zu: Seien wir auf der Hut, **das Reichstagswahlrecht ist in Gefahr!** Dieser Warnungsruf wird auch von uns zu beachten sein. Wir achten um so mehr auf ihn, da er von einem Manne ausgesprochen ist, der Hospitant einer Partei ist, welche seit Jahr und Tag das Reichstagswahlrecht gefährdet.

Auch die Nationalliberalen in Goslar betrachten die **Umsturzvorlage** als ein Hemmnis für die Entfaltung und Entwicklung eines gesunden deutschen Geisteslebens und als ein Hindernis eines gedeihlichen, besonnenen Fortschritts. Aber wohl gemerkt: nachdem das Centrum die Vorlage so gestaltet hat, daß auch andere Parteien getroffen werden können. Wäre die Vorlage ausschließlich gegen die Sozialdemokraten gerichtet, kein nationalliberales Gähnen krächte darnach.

Der nationalliberale **Amtsgerichtsrat Rulemann** hielt im Bürgerverein zu Braunschweig einen Vortrag über die Umsturzvorlage. Redner befürchtete von dem Gesetze eine weitgehende Erbitterung der Arbeiterschaft. Der Standpunkt des Staates dürfe nicht der sein, alles zu bekämpfen was sozialdemokratisch sei. — Was sagt die Magdeburgische Zeitung zu diesem Gesinnungsgegnen?

Zur Waiseier. Nach der Magdeburgischen Zeitung ist die Waiseier nicht bloß in Deutschland, sondern auch im Auslande sehr still und harmlos verlaufen. So sei in Frankreich die Waiseier nur von Geschäftssozialisten veranstaltet und was dergleichen blühender Unsinns ist. Ein Blatt, welches den einseitigsten Unternehmerstandpunkt vertritt, muß die Waiseier, deren Großartigkeit auch heuer wieder bürgerliche Blätter anerkennen, in den Schmutz ziehen. Da fruchtet keine Belehrung, und wenn sie noch so leidenschaftslos geführt, noch so sehr an der Hand der Thatsachen erteilt wird. Die nationalliberale Partei ist und bleibt blind gegenüber den Zeichen der Zeit, und ihre Organe beschränken sich nur noch mit dem Inseratengang; daher an allen Ecken und Enden die ekelhafteste Reklame, die selbstverständlich nicht von Geschäftsnationalliberalen betrieben wird. Auf den Hund sind die Nationalliberalen bereits gekommen, über den Schwanz kommen sie noch. Nur Geduld.

Fürst Bismarck hat wiederum 800 Ostfriesen empfangen. Und die vereinigten Nationalliberalen und Antisemiten Magdeburgs wissen immer noch nicht, wann sie den Fürsten anhoehen können. Ganz besonders ungeduldig gebärden sich die Antisemiten.

Die **Nationalliberalen** belustigen sich über den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion: an den Festlichkeiten zur Eröffnung des Nordostseefanals nicht teilnehmen zu wollen. Mögen die Nationalliberalen jetzt lachen, so viel sie Lust haben, bei kommenden Wahlen werden wir dem Volke auseinandersetzen, daß während der Reichstag 1 1/2 Millionen für eine militärische Feier verausgabte, die Regierung die Lage der Postunterbeamten nicht bessern kann, da es „zur Zeit an Mitteln“ fehlt! Bei den Wahlen lachen wir und erinnern uns des alten Sprüchwortes: Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Karl Vogt 7. Am 5. Mai starb in Genf 73 Jahre alt, Karl Vogt, der auf naturwissenschaftlichem Gebiet, teils als Forscher, teils — und hauptsächlich — als Verbreiter des von größeren Forschern Gewonnenen Lichtes, in etnigem Bedeutendes leistete, auf politischem Gebiet

aber, wo er sich von 1848 bis in die 60er Jahre versuchte, wenig Vorbeeren geerntet hat. Nachdem er im Frankfurter Parlament und später im Rumpfparlament sehr viele Reden gehalten und als „Reichsregent“ dem Kampf für die Reichsverfassung sorgfältig aus dem Weg gegangen war, lebte er längere Zeit als Flüchtling im Ausland. Nach dem Sturz der französischen Republik geriet er in die korrupte Atmosphäre des französischen Kaiserreichs, ließ sich vom „Roten Prinzen („Plonplon“), der demokratische Sempel für die Dynastie Bonaparte einfieng, zu allerhand Dingen gebrauchen, worüber das Nähere nachzulesen in der trefflichen Streitschrift von Marx: „Herr Vogt“. In späteren Zeiten scheint er von den imperialistischen Wandlungen zurückgekommen zu sein.

Ausland.

Serbien. Dem hiesigen Milan soll eine Apanage von 480 000 Franken gezahlt werden. 200 Abgeordnete haben ihre Zustimmung gegeben. Wie der Milan lachen wird.

Japan. Auf die „freundschaftlichen“ Ratschläge Deutschlands, Frankreichs und Russlands soll Japan auf den Besitz der Halbinsel Biao-Tong verzichtet haben.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* **Der Streit der Stettiner Steinfeker** ist nun endlich, nach einer Dauer von 13 Monaten, beendet, und zwar mit einem vollständigen Siege der Arbeiter. Es wurde nicht nur der alte Lohnsatz von 50 Pfg. pro Stunde gerettet, sondern für Ueberstunden in der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist ein Aufschlag von 25 Prozent erreicht worden. Außerdem finden in der Zeit von Frühstück bis Mittag drei „Fünfzehn“-Pausen statt, während bisher deren nur zwei üblich waren. Weiter ist durch diesen Streit erreicht worden, daß bei städtischen Arbeiten auf je fünf Gesellen nur ein Behrling beschäftigt werden darf. Ferner hat der Stettiner Magistrat, ebenfalls infolge des Streiks, einen Anfang mit der Regiearbeit gemacht, indem er kleinere Reparaturarbeiten jetzt nicht mehr von den Unternehmern, sondern in eigener Regie ausführen läßt. Dabei erhalten die Arbeiter den von der Gewerkschaft festgesetzten Lohnsatz, wodurch gewissermaßen den Unternehmern jeglicher Vorwand für Lohnherabsetzungen genommen ist. Dieser Ausgang des Streiks beweist schlagend, wie nutzbringend die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter ist.

* **Wegen Lohn Differenzen** befinden sich die Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Müller u. Schlitzweg, Berlin, Bouisener-Ufer 34, im Streik, und ist der Zuzug streng fern zu halten.

* **Praktische Solidarität.** Für die streikenden Ausmacher der Federmesser-Branche in Solingen beschloß der dortige Ortsverein des Verbandes deutscher Buchdrucker 50 Pfg. Extraststeuer pro Mitglied und Woche zu erheben.

* **Mai-Oyster.** Der Maifeier halber wurde gemäßregelt: Auf dem Brüderbergwerk bei Zwickau 6 Mann; in Dresden beim Tischlermeister Zimmer in der Josephinenstraße nicht weniger als 13 Tischler; in Berggießhübel 6 Arbeiter der Kirchenwalder-Sandsteinbrüche; beim Zimmermeister Meyer, Berlin, Hochstraße 29a, 3 Arbeiter.

* In Breslau streiken die **Lederzurichter** der Firma Johann Harz, weil ihnen die Forderungen: zehnstündige Arbeitszeit und eine geringe Lohnhöhung, nicht bewilligt wurden; ferner die **Weißgerber** der Firma Hasenstein. Zuzug ist streng zu meiden.

* **Borzellan-Arbeiter.** Die Sperre ist bis auf weiteres über folgende Orte verhängt: Altwasser (Ziesshu-Co.), Albersweiler, Berlin (Maler), Frankfurt a. O. (Th. Paetsch), Begejack. Mitglieder, welche in diesen Orten in Arbeit treten, werden vom Verbands ausgeschlossen.

* Ueber den **Maurerstreik in Basel** wird gemeldet, daß dieser große Ausdehnung angenommen habe. Vier Kompanien der Feuerwehr sollen zur Unterstützung der Polizei aufgeboten worden sein und das Polizeidepartement soll die Ausständigen in einem Aufrufe um Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ersucht haben.

* Die **Bergarbeiter** in Arboloda bei Bilbao in Spanien streiken, weil man ihnen die Forderung des achtstündigen Arbeitstages abgeschlagen hat. Es kam zu Unruhen, bei denen ein Bergarbeiter getötet und mehrere verwundet wurden. Die Polizei stellte die „Ordnung“ wieder her.

Aus den Gerichtssälen.

§ **Magdeburg.** (Landgericht.) Der Lokomotivführer August V., geboren 1856 und der Rangierarbeiter Nikolaus Th., geb. 1865 zu Neustadt, sollen durch Vernach-

lässigung der ihnen vermöge ihres Berufes obliegenden Pflichten veranlaßt haben, daß am 16. Februar d. J. eine Rangiermaschine in der Nähe des Bahnhofes Neustadt mit dem von Berlin kommenden Güterzug 904 zusammenstieß und einen bedeutenden Materialschaden verursachte. Die Rangiermaschine wurde zertrümmert und die Angestellten erlitten bedeutende Verletzungen. Die Fahrlässigkeit des Th. wird darin gefunden, daß er, obgleich ihm der Rangiermeister, als er die Maschine verließ und zum Essen ging, gesagt hatte, er solle an einer bezeichneten Stelle halten bleiben, eigenmächtig den Befehl gab, loszufahren, ohne nach der Weiche und dem Signal zu sehen. Th. räumt sein Vergehen ein, während V. seine Schuld in Abrede stellt. Er will erst die falsche Weichenstellung gesehen haben, als er schon zwei Maschinenlängen heran war und dann sofort gestoppt haben, was von der Anklage bestritten und vielmehr behauptet wird, wenn V. rechtzeitig gebremst hätte, wäre der Unfall nicht passiert. Auf Grund des Beweisergebnisses wurden beide Angeklagten der fahrlässigen Gefährdung eines Eisenbahntransports schuldig befunden und V. zu einer Woche, T. zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

— Der schon vielmals vorbestrafte Dachdecker Aug. N. genannt F., zu Loburg, geboren 1850, zankte sich am 31. März d. J. mit seiner Frau und warf sie mit einem Stück Holz an die Stirn, wodurch sie eine blutende Verletzung erlitt. Dann warf er sie zu Boden und schlug mit einem Messer auf sie los. Als sie entfloh, beschädigte er mit einer Art abstrichlich die Treppe des Hauswirts. Der Angeklagte erhielt ein Jahr und eine Woche Gefängnis.

— Wegen versuchten Verbrechens gegen § 218 des Str.-G.-B. und Beihilfe dazu erkannte der Gerichtshof in nicht öffentlicher Sitzung gegen: 1. Die Aufwärterin Luise Sch. hier, geboren 1875, auf 7 Wochen Gefängnis, 2. den Konditorgehilfen Ernst F. in Schöningen, geb. 1870, auf 2 Wochen Gefängnis.

— In nichtöffentlicher Sitzung wurden 1. der Schuhmachergeselle Karl D., geboren 1874, 2. die unverheiratete Schneiderin Minna D., geboren 1878, zu Neustadt, von der Anklage der Blutschande freigesprochen.

— Der Kaufmann Adolf R. zu Sudenburg, geb. 1864, betrieb ein Materialwarengeschäft und stellte im Jahre 1894 seine Zahlungen ein. Dabei stellte sich heraus, daß er seine Bücher unordentlich geführt und die Bilanz nicht gezogen hatte. Ihn trafen wegen einfachen Bankerotts 3 Tage Gefängnis.

— Der Schlosserlehrling Richard Sch. in Burg, geboren 1877, entwendete seinem Lehrherrn seit 1894 bis zum März d. J. aus den Beständen Eisenblech und andere Materialien, ferner der Ehefrau des Meisters, einem Mit- lehrling und verschiedenen Geschäftskunden gelegentlich von Arbeiten, die er im Auftrage des Meisters in den Wohnungen ausführte, kleine Geldbeträge und allerhand Sachen. In dem einen Falle wendete er einen falschen Schlüssel an. Der geständige Angeklagte erhielt wegen eines schweren Diebstahls und neun einfacher Diebstähle vier Monate Gefängnis.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 7. Mai 1895.

— **Kinderwörter in Soldatenröcken** sind gar zu oft zu erblicken. Des Morgens, wenn die Offizierskinder zur Schule gehen, und wenn der Unterricht beendet, kann man sie und da sehen, wie Vaterlandverteidiger stolz neben Offizierskinder mit Schulrucksack in der Hand einhergehen. Auch Sonntag früh kann es niemandem entgehen, zu sehen, wie die uns so teuren Soldaten ihrer vorzüglichsten Kinder spazieren führen. Erst am letzten Sonntag konnte man im „Bogelzang“ sehen, wie ein Soldat der 1. Kompanie des 26. Infanterie-Regiments seine Zeit damit anfüllte. Wir meinen doch, daß unsere Soldaten nicht zu diesen Zwecken einberufen, daß unsere Steuergroschen nicht für Offizierskinder mit Hosen und blauen Knöpfen gezahlt werden. Offiziere sind reich genug, sich würdevolles Dienstpersonal zu halten. Erst in letzter Zeit fand in der Magdeburgischen Zeitung ein Aufruf zur Hilfe für wollebende gebildete und alleinlebende Frauen, die nicht wissen, woher sie ihren Unterhalt schöpfen sollen. Der Aufruf allerdings hat um Umterstützung insofern, als daß die wohlhabenden Damen Handarbeiten dieser Art verkaufen sollen. Viel wirksamer wäre die Güteleistung, wenn die betr. Offiziere ihre Burgen nicht als Kinderwörter verwenden, sondern solche wollebende Frauen. Die Herren müßten dann allerdings ein paar Groschen Geld herausdrücken, das müßten sie aber gern thun, wenn sie auch ein Interesse für Arme haben.

— **Verkehrswesen.** Die Bahnsperrung soll nach einem Erlaße des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 22. April d. J. auf allen in Aussicht genommenen, in dieser Beziehung rüchpanigen Hauptbahnen und wichtigeren Nebenbahnen eingeführt werden. In den wesentlichen Direktionsbezirken soll auf einzelnen Strecken eine frühere Einstellung der Bahnsperrung nicht ausgeschlossen sein, sofern am Zugpersonal „gespart“ werden kann. Ob die dann „abgesparten“ Eisenbahnarbeiter anderweitig Beschäftigung erhalten oder ob sie von nichtgesparten Geldern sich den Wagen verdienen sollen, ist im Erlaße nicht angegeben. Es soll aber auch noch Sorge dafür getragen werden, daß die Namen der Stationen in reichlichem Maße angebracht werden, damit Reisende die Stationen vom Wagen aus erkennen können. Ob bei dieser Erweiterung der Bahnsperrung die so viel besprochenen Uebelstände, welche bei den jetzt schon die Bahnsperrung habenden Bahnhöfen zu finden sind, beseitigt werden, ist auch nicht gesagt.

Die stämmig sein wollende Bourgeoisie brüht darüber nach, wie ihre Sitte und Ordnung erhalten und wie die „Heiligkeit der Ehe“ beschützt werden kann. Während oben zu diesem Zwecke „Umsturzpläne“ geschwieben werden, kann man in den Zeitungen der „Sittlichen“ Anzeigen lesen, wie die folgende, der Magdeburgerischen Zeitung entnommene: „Verkaufspartien, reich und passend. Stets große Auswahl in unterm Journal. Fordern Sie Zusendung. Porto 10 Pf. erbeten, für Damen unlosk. Offerten-Journal usw.“

Die Leiche des an der Salzquelle ertrunkenen Oberprimars Braune aus Weisenfels ist noch nicht gefunden worden. Das Signalment des Verunglückten ist folgendes: Größe 1,83 m, Haare schwarz, kurzgeschuldet, bekleidet mit hellbraunem Ueberzieher. Er trug eine goldene Uhr mit den verschlungenen Buchstaben K. B. an goldener Kette. Außerdem hatte er einen gepunzten Siegelring. Der Auffinder der Leiche erhält vom Oberlehrer Herrn Krause, Magdeburg, Karlsruherstraße 4, 200 Mark Belohnung. Telegraphische Meldungen sind an diesen zu richten.

Leichenfund. Am 25. April 1895 ist am Elbufer bei Ringluth eine bereits fast in Verwesung übergegangene Leiche einer etwa 20-30 Jahre alten Fremdenperson gefunden worden. Sie war etwa 160 cm lang, mit wohlgeformten Zähnen, die Haare waren schwarz. Von der Kleidung der Leiche war ein Korsett mit Stahlringen, ein jadenartiges Kleidungsstück aus leichtem schwarzen Tuchstoff, ein Paar wohlgeformte Promenadenschuhe und blaue schwarze Strümpfe von gerichter Form noch kenntlich. Der Erste Staatsanwalt ersucht alle diejenigen, welche über die Herkunft der Leiche Auskunft geben können, ihn von dieser zu den Akten III. J. 316/95 Mitteilung zu machen.

Die Reichstetten Herren Melchner und Liborius von hier haben in der Konkurrenz um das Rathaus in Egeln die beiden ersten Preise errungen. Diese tüchtigen Arbeiter haben früher bereits Prämien erhalten in Schöneberg.

Eine Seifenschlammfäule findet in der Zeit vom 20. bis 24. November hier statt.

Verbrennung. Beim Anzünden der Lampe eines Buchverlagers hat sich im Restaurant „Friedrichsplatz“ der zehnjährige Knabe Franz B. das Gesicht verbrannt, was seine Aufnahme in die städtische Krankenanstalt bedingte.

Unfall. Auf dem Sudaner Bahnhofs fuhr dem Wagenführer Friedrich S. ein Eisenbahnwagen über den linken Fuß und quetschte ihn. Der Verunglückte wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Die Feuerwehre wurde gestern abend kurz nach 8 Uhr von der Meldefstation Befehlsstraße aus alarmiert. In Sudenburg, Breiteweg 36, waren in einem Zimmer die Gardinen in Brand geraten. Beim Entlassen der Feuerwehre war die Gefahr bereits beseitigt.

Nach 10 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Hause Jakobstraße 7 berufen, woselbst im Schaufenster des Weißwarengeschäfts von Leo Raphael Feuer ausgebrochen war. Dasselbe nahm jedoch keine größere Ausdehnung an und die Gefahr war in kurzer Zeit beseitigt.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb der vergangenen Woche: 190 Rinder (einschl. 34 Bullen), 497 Kalber, 266 Schafvieh pp., 1603 Schweine, (davon 85 Saloonier).

B. Garby a. d. E. (Bestrafter Raube). Seit einer Reihe von Jahren schon liegen sich der hiesige Buchdruckermeister Ernst und ein hiesiger Lehrer in den Haaren, wenn auch nicht inhaltlich in den Haaren, so doch in Streit. Vor einiger Zeit ist Ernst zum zweitenmal wegen Beleidigung zu Gefängnisstrafe verurteilt worden; diesmal mit drei Monaten, weil er den Lehrer des Schulheides beschuldigt hatte. Das Gericht nahm an resp. stellte fest, daß der Angeklagte in der Absicht gehandelt habe, sich zu rächen und den Lehrer zu beleidigen. Seine Revision wurde am 2. d. M. vom Reichsgericht verworfen.

München. (Gewiß!) Der Einkreuzer, der vor 14 Tagen einen Zweifelhaken anstrahlte, ist in der Person des Vorbesizers ermittelt worden. Nach seiner Vernehmung suchte er sich die Halsabdecke zu durchschneiden und wurde deshalb ins Krankenhaus verbracht. Dort hat er sich erhängt.

Militärische Nachrichten.

Spandau. (Zur Erziehung der Jugend.) Gelegentlich der Truppenbesichtigung sind am vergangenen Sonnabend die Schulen geschlossen gewesen. Truppenbesichtigung und Manöver; der Rest ist — Schweigen!

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 6. Mai 1895.

Im Reichstag wurde heute die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition zu Ende

geführt. Die Diskussion war zeitweilig äußerst interessant. Genosse Elm hatte ein reichhaltiges Material zu verarbeiten, er kritisierte scharf die verschiedenartige Handhabung des preussischen und sächsischen Vereinsgesetzes, zerpflückte die Willkür in der Auslegung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen und stellte dem entgegen die Bewegungsfreiheit der bürgerlichen Vereine. Bei dieser Gelegenheit hatte Elm auch die Haltung der freisinnigen Partei bei Streiks u. besprochen, was dem Abg. Benzmann Veranlassung gab, die freisinnige Volkspartei in Schutz zu nehmen und die Partei als eine arbeiterfreundliche hinzustellen. Ihre Arbeiterfreundlichkeit wollten die Freisinnigen dadurch beweisen, daß sie für § 1 des sozialdemokratischen Antrags stimmen wollten, der den Reichsangehörigen das Recht einräumt, sich ohne Unterschied des Geschlechts versammeln zu dürfen und weiter bestimmt, zur Abhaltung einer Versammlung soll es weder einer Anmeldung bei der Behörde, noch einer Erlaubnis durch dieselbe bedürfen. Für die untere Bestimmung, nach der alle Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Recht der Vereinigung erlangen können, wollten die Freisinnigen nur bedingter Weise eintreten. Der Vertreter der polnischen Fraktion konnte sich auch nur bedingter Weise für ein Reichsvereinsgesetz erwärmen, während dasselbe entchieden Genosse Stelle verlangte, der von seinem „sächsischen Standpunkte“ aus, um mit dem Abg. Sachse zu reden, eine herrliche Blütenlese vereinsrechtlicher, besser gesagt vereinsrechtloser Verfügungen, Bestrafungen, Auflösungen, Verbote u. u. den Volksvertretern vorlegte. Die Rede des Genossen Stelle führte den Grafen v. Hohenthal auf den Kampfplatz, der sich abmühte, seine Regierung gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners zu schützen. Auf eine Entgegnung des Genossen Elm antwortete Abg. Richter und zwar ziemlich persönlich geküßigt. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigte Richter, den Buchdruckerstreik der sozialdemokratischen Partei in die Schuhe zu schieben; Nach Richter ist der Buchdruckerstreik ganz frivol in Szene gesetzt. Bebel fertigte aber den Führer der Volkspartei so derb ab, daß Richters Entgegnung nicht den geringsten Effekt machte. Mit Recht konnte Bebel sagen: Wenn es gilt, der Sozialdemokratie eins auszuwichen, dann ist Richter obenan. Der Abg. Richter war so liebenswürdig zu behaupten, die Mobivierung des sozialdemokratischen Antrags habe lediglich agitatorischen Zweck — und warum? Weil die Sozialdemokraten sich erlaubt, freisinnige Sünden aufzudecken. Für § 1 vorliegenden Gesetzes stimmten mit den Sozialdemokraten nur die beiden freisinnigen Gruppen, während die übrigen Parteien (einschließlich der Antijemiten) den § 1 verwarfen. Abg. Singer zog hierauf namens der Antragsteller den Antrag zurück. Der rechten Seite des Hauses war dies ein sehr willkommener Antrag. Bei dem schönen Wetter tummeln sich etliche Volksvertreter eher im Freien, als daß sie über das Vereins- und Versammlungsrecht der deutschen Staatsbürger diskutieren. Wenn es sich um eine agrarische Forderung handelt, dann ist das Sitzfleisch gewisser Volksvertreter weniger empfindlich. Wegen der vorgerückten Zeit trat Verjagung ein. Morgen geht der Kampf gegen den Umsturz los. Vorher wird aber der Leiter der Umsturzkommission, der nationalliberale Abg. Dr. Böttcher, gestürzt werden, dessen Wahl für ungültig erklärt ist und worüber morgen abgestimmt wird. Und dann geht die Geschichte los. Man nimmt an, daß die Verhandlungen über die Umsturzvorlage 10-12 Tage und nicht wie früher angenommen 2-3 Wochen in Anspruch nehmen. Die Herren werden sich schon hüten drei

Wochen lang mit den Sozialdemokraten das Umsturzplättchen zu rupfen, sie werden sich bemühen, es dem Hüter, in diesem Falle dem Abg. Böttcher, recht bald nachfolgen zu lassen. Morgen dürfte auf ein vollzähliges Haus zu rechnen sein. Heute war die rechte Seite des Hauses geradezu jammervoll besetzt.

85. Sitzung vom 6. Mai.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des von den Abgg. Kuer (Soz.) und Genossen in Form eines Gesetzentwurfs eingebrachten Antrages, betr. die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, dessen § 1 lautet: Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Versammlung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

Abg. v. Elm (Soz.) befragte die Paragrafen mit Hinweis auf die in der Besetzung ausgesprochene Koalitions- und Versammlungsfreiheit, mit der aber einzelne Partikulargesetzgebungen, wie die bayerische Sachsen und Bayerns in Widerspruch stehen. Sachsen bewähre sich insbesondere, jede Organisation der Arbeiter, sie mag politisch sein oder nicht, zu zerschüren und zu verhindern. Die Verschiedenheit der Gesetze in den Einzelstaaten bringe es mit sich, daß auf dem einen Orte verboten sei, was man an anderen Orten erlaube. Daher sei Einheitlichkeit von Nöten. Redner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen wirtschaftliche Vereinigungen als politische behandelt worden seien. Das Hamburger Vereinsgesetz werde so streng gehandhabt, daß es die Umsturzvorlage erzeuge. Eine Versammlung von Cigarrenfabrikanten, die hinter verschlossenen Türen tagte und darüber beriet, wie man die Arbeiter zur Zurückweisung auf das Koalitionsrecht zwingen könne, sei unbehelligt gelassen worden, trotzdem der Polizei von diesem gesetzwidrigen Vorgehen der Arbeitgeber Kenntnis gegeben worden sei. In Preußen sei es allerdings etwas besser, aber was hätte man auch hier nach der Affäre mit dem Polizeirat Bittschel in Ulft zu erwarten, wenn man die Bollmacht der Beamten nach dem Beispiele Sachsens, Bayerns, Hamburgs erweitern wollte? Die Koalitionsfreiheit werde heute sogar nicht mehr von der freisinnigen Volkspartei verteidigt und geküßt. Bei Streiks seien die freisinnigen Zeitungen immer auf Seiten der Kapitalisten. Die Partei stütze sich nur auf ein paar Fabrikanten. Auch bezüglich der Frauen habe die freisinnige Volkspartei eine Rückwärtsbewegung eingeschlagen. Sie wolle heute nicht mehr die Gleichberechtigung, trotzdem es an zwei Millionen industrieller Arbeiterinnen im Deutschen Reich gebe. In Bayern werden, wie die Zahl der den Gewerkschaften angehörenden Frauen beweise, der Organisation der Frauen große Hindernisse bereitet, was es auch der bayerische Bevollmächtigte in Abrede stellen. Aus welchem Grunde wolle man den Frauen, die einen so großen Anteil an der Arbeit des Volkes haben, die gewerkschaftliche und politische Organisation verbieten, zumal sie sowohl direkte als indirekte Steuern zahlen und an fast allen Vorlagen, die im Reichstag eingebracht würden, das gleiche Interesse hätten wie die Männer. So lange unbeschäftigte Personen von den Kapitalisten beschäftigt werden, müsse diesen auch das Koalitionsrecht gewährt werden, wie es in Amerika und Australien bestesse. Die Erfahrung lehre es ja: je mehr Freiheit, desto mehr Ordnung. Da aber gerade den Sozialdemokraten die Versammlungsfreiheit genommen sei, so sei es nicht verwunderlich, daß sie in letzter Zeit die Versammlungen anderer Parteien gefördert haben, da sie sich sagen, wenn wir keine Versammlungen halten dürfen, so sollen es die anderen Parteien auch nicht. Wenn das Umsturzgesetz in der Fassung der Kommissionsvorläge angenommen wird, so ist es aus mit aller Koalitionsfreiheit. Die Besetzung des Arbeiterstandes aus den Fesseln der Polizei ist der Anfang der Rettung des Staates aus den Gefahren, die ihm jetzt drohen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bayerische Bundesbevollmächtigte v. Hermann belont, daß in Bayern Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern bestehen und von den Behörden nicht behindert werden. Redner weist dies zahlmäßig nach. Abg. Benzmann (Zf. Ppt.): Die freisinnige Volkspartei wie früher die Fortschrittspartei ist stets mit der größten Energie für ein freies Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht eingetreten. (Abg. Singer: Auf dem Papier!) Die Arbeitervereinigungen sind doch aus der Fortschrittspartei hervorgegangen. Ueber die hiesig. Dunderschen Gewerksvereine mögen Sie ja spotten, weil sie sich nicht zu politischen Agitationen haben verhalten lassen. Aber sie bilden doch den Kern der Arbeiterorganisationen. Wir haben schon zu Anfang der siebziger Jahre mit der größten Intensivität das freie Vereins- und Versammlungsrecht verlangt. Auch jetzt halten wir die reichsgesetzliche Koalitionsfreiheit für geboten. Wenn Preußen sein Vereinswesen reaktionär umgestalten sollte, so besteht die Verpflichtung, von Reichswegen dagegen zu protestieren, weil die Vereinsgesetzgebung dem Reich vorbehalten ist.

Feuilleton.

Ein Held des Siefes und des Schwertes.

Österreichischer Roman aus den Zeiten des deutschen Hanfhandels von A. Otto-Balzer.

Merkwürdig, daß die Herrschaft über die Natur den Menschen auch wieder in Abhängigkeit bringt von dem, was er sich unterwirft und dienstbar macht. Und so ist es mit der Herrschaft im allgemeinen; niemand kann herrschen, ohne abhängig zu werden von denen, durch die er herrscht, das ist das Gesetz der Welt, das ist der Segen der Beherrschten, der Fluch oftmals dessen, der herrschen will. Und je ungerechter, willkürlicher, selbstherrlicher ein Tyrann vorgeht, je abhängiger wird er von seinen Beherrschten. Ja, die Themia, als Göttin der Gerechtigkeit, und die Nemesis als Göttin der Wiedervergeltung halten solche Abrechnung miteinander, sonst käme die Welt aus der Existenz in Aufrichtigkeit nie heraus.

Dies und anderes in seinem Sinnem erwägend, verfolgte Füllier mit den ihm eigentümlich gewordenen langen Schritten seinen Weg, auf dem er in Ablauf von drei Stunden weit mehr als zwei Meilen zurückgelegt und weder hangig noch müde ward, bis er seine Gefährten an einem verärgelt stehenden Grunde überholte, in welchem jene Gewandlung und Ruhe für sich und ihre Tiere gesucht hatten.

Füllier ließ sich auch hier nicht aufhalten, sondern schritt mit einer Einladung zum baldigen Nachkommen weiter, bis er in der Abenddämmerung auf zwei Langbänke trat, denen er sich gewaschen fühlte, die er deshalb nicht zu vermeiden suchte.

Dort und steht! riefen die beiden, indem sie ihre ihre Paraphrasen entgegenstreckten.

„Sag mir, ich werde stehen“, erwiderte Füllier, „aber erst will ich wissen, in welchem Namen Ihr mich stehen laßt.“

„Im Namen des Herrn Thomas Füllier, den Ihr wohl kennen werdet.“

„Und wenn ich ihn nun nicht kenne?“

„Jeder ordentliche Mensch kennt ihn.“

„So? Kennt Ihr ihn denn?“

„Wir sind seine Leute.“

„So, so. Nun vielleicht kenne ich ihn auch, sagt mir nur, wie er aussieht?“

„O, er ist ein vornehmer Kriegsherr mit verguldeten Kriegshäuten, und groß, stark und gewaltig; Ihr seid nur ein Zwerg gegen ihn.“

„Der Blitz noch einmal, da muß er ja halb in den Himmel ragen.“

„Ja, das ist so, Ihr mögt Euch wundern, wie Ihr wollt. Ich kann Euch sagen, Ihr könnt ruhig zwischen seinen Beinen durchlaufen, ohne daß Ihr Euch zu hüden braucht.“

„Und wo ist er denn, dieser gewaltige Mann, daß ich ihn begrüßen kann?“

„Er ist jetzt auf einer Unternehmung mit einem großen Teil seiner Leute, während er einige seiner Kompagnien hier zur Deckung zurückgelassen hat, deren äußerste Vorposten wir sind.“

„Was? Ihr seid einige Kompagnien? Wie viel Kompagnien zählt denn Herr Füllier?“

„Es mögen wohl so ein fünfzehn bis zwanzig sein.“

„Der Blitz noch einmal, und wer befehligt sie?“

„Ein gar gewaltiger Kriegsherr, der weit und breit bekannt ist, genannt der „rote Hildebrand“; aber er ist nur der Unterkommandant des Grafen von Rothe, welcher die rechte Hand des Herrn Füllier ist.“

„Nun, wißt Ihr, bei einem so gewaltigen Herrn will ich auch Dienste nehmen.“

„Seht zu, daß Ihr antkommt, denn solche gewöhnliche Leute, wie Ihr einer zu sein scheint, kommen nicht leicht an. Ich will Euch bis zum Vorposten an dem nächsten Kreuzweg begleiten.“

Füllier schritt, von dem Langknecht ziemlich als Gefangener betrachtet, an seiner Seite weiter, bis sie an den Kreuzweg gelangten, wo ein paar Langknechte am Rand des Grabens saßen und warteten.

„O, Füllier, wen bringt Ihr denn da?“ rief Einer von ihnen, „ist es Fremde oder ein Gefangener?“

„Ne, jetzt ist er an, für was Ihr wollt, er will bei Herrn Füllier Dienste nehmen.“

„Wollt Ihr denn auch etwas zum Einlaufen geben?“

„Gewiß, hier ist ein Goldgulden,“ rief Füllier höchlichst ergötzt und warf das Geldstück den Spielern zu.

„Ihr seid ein ehrlicher Kumpan, habt Ihr nicht auch einen Schilling für mich?“ rief Füllier Begleiters etwas neidisch.

„Nun gewiß, ich muß Euch doch für Euren Weg und für Eure Begleitung belohnen,“ entgegnete der Angestellte, indem er ein Silberstück in die Hand des Begleitenden gleiten ließ.

„Ja, Ihr seid ein ordentlicher Mensch, der da weiß, was sich schießt. Aber seht, da kommt unser Kriegsoberster!“

In der That kam der „rote Hildebrand“ mit der Zuversicht des vornehmsten Herrn von der Welt einhergeschritten, während ein Langknecht in ehrerbietiger Entfernung hinter ihm hertrabte. Die mächtige Gestalt schien durch die vornehme Haltung, die sie bewahrte, noch viel größer, sie schrumpfte aber alsbald bedeutend zusammen, als sie Fülliers ansichtig wurde.

„Hier, Obrist, bring' ich einen Rekruten,“ rief der Langknecht, als er seinem Vorgesetzten begegnete.

„Geht,“ entgegnete Hildebrand wütend, während er sich zugleich ehrerbietig vor Füllier verneigte, „dieser Däse weiß, daß er ein Rindvieh ist, und doch bleibt er ein Schaf. Seid uns gegrüßt, Herr Füllier, und bedauert nicht, daß Ihr unterwegs Euer Pferd eingebüßt, wir haben inzwischen mehrere Pferde und noch mehr Menschen gefangen. Die Herzoglichen haben uns schon aufheben wollen, weil ihnen unser Stationieren hier gar nicht gefällt; Herr Rothe und ich haben sie aber schon einmal blutig heimgeschickt, so daß sie kaum vor ihren eigenen Toten und Verwundeten, die bergehoch lagen, zurückfliehen konnten. Sie drohten uns, mit zehntausend Mann wiederzukommen. Aber mögen sie kommen; nun Ihr wieder da seid, nehmen wir es auch wohl mit zwanzigtausend auf.“

„Wie viel seid Ihr denn hier, ohne Aufschneiderei, tritt' ich.“

„Ihr mögt jetzt zurückmarschieren, Füllier, und haltet guten Lugaus,“ befahl Hildebrand, und erst, als jener sich kopfschüttelnd entfernt hatte, stand er:

„Wir haben ein 40-50 Mann zugeworben, so daß wir jetzt wohl an 70 Mann zählen; aber die Leute alle denken, daß wir ein Heer sind. Das gehört zur Kriegslift, daß man sich vor den Leuten viel stärker giebt.“ (S. f.)

Auch aus materiellen Gründen ist das Reich zur einheitlichen Regelung verpflichtet, weil die Vereinsgesetze der Einzelstaaten so verschieden sind. Die lautesten Klagen dagegen dürfen wir in Preußen erheben, denn etwas schlimmeres als das preussische Vereinsgesetz, das aus der Periode der schimmernden Reaktion herrührt, giebt es nicht. Aber das Schlimmste in dem preussischen Gesetze, die polizeiliche Ueberwachung und Auflösung, wird in dem sozialdemokratischen Entwurf gar nicht berücksichtigt. Wenn dieser Antrag Gesetz würde, so würde die Polizei sich doch nicht das Recht nehmen lassen, die Versammlungen zu überwachen und nötigenfalls aufzulösen. Gerade hier muß Wandel geschaffen werden.

Meine Fraktion hat sich mit der Frage des Versammlungsrechts von Frauen und Minderjährigen noch nicht beschäftigt. Persönlich meine ich aber, daß den Frauen ein freies Versammlungs- und Vereinsrecht ebenso zu gute kommen muß wie den Männern. Wir werden wahrscheinlich für den ersten Paragraphen stimmen, und wenn wir sehen, daß das Haus auf diesem Boden treten will, so werden wir uns Amendierungen vorbehalten. Der Zeitpunkt zur Regelung dieser Frage ist allerdings kein günstiger.

Abg. v. Czarlinski (Pole) stimmt der Tendenz des Antrages bei und bedauert die Handhabung des Vereinsgesetzes gegenüber den Polen.

Abg. Stolle (Soz.) wendet sich insbesondere gegen das sächsische Vereinsrecht. Der sächsische Minister des Innern habe angeordnet, daß das Vereinsrecht schärfer gegen die Sozialdemokraten angewendet werde. Es liege aber im Interesse der Gerechtigkeit, daß nicht eine Partei schlechter behandelt werde als die andere. Auf die wichtigsten Gründe hin könnten in Sachsen Versammlungen und Vereine aufgelöst werden. Deshalb sei eine Verhandlung von Wahlangelegenheiten in Sachsen fast unmöglich. Im letzten Jahr seien 2000 Versammlungen aufgelöst worden. Die sächsische Regierung könne auf das Umsturzgesetz ruhig verzichten, ihr Vereinsrecht sei schlimmer. In der Unterordnung der Arbeiter gebühre Sachsen die Krone. Eine Versammlung sei aufgelöst worden, weil sie einen anerkannt sozialdemokratischen Charakter gehabt habe. Dieser Behandlung der Sozialdemokratie steht die Bevorzugung der Konservativen gegenüber. Ein konservatives Wahlsystem, das die Regierung vertretet, enthält die schärfsten Forderungen, u. a. auch die, daß kein Jude ein Richteramt bekleiden dürfe.

Sächs. Bundesbevollmächtigter Graf Hohenthal: Die Sache gehört in den sächsischen Landtag, und ich lehne es nochmals ab, mich auf Einzelheiten einzulassen. Sollte der Vorredner sich über Rechtsverweigerung zu beschweren haben, so würde er den in der Verfassung offen gelassenen Weg der Beschwerde an den Bundesrat innehalten. (Beifall.)

Abg. Dr. Förster (Antik) erklärt sich im Namen seiner Partei gegen den Antrag Auer, namentlich wegen des Verlangens der Zulassung der Frauen zu den Versammlungen. Dagegen sei eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts zu erstreben.

Abg. v. Elm (Soz.): Der Abg. Lenzmann soll mir aus den letzten 20 Jahren auch nur einen Fall nennen, wo die Freisinnigen für einen Streit eingetreten sind. Kein Organ ist gegen die Verhängung des Koalitionsrechts der Arbeiter so günstig aufgetreten wie das Hauptorgan der Freisinnigen Volkspartei, die Freisinnige Zeitung. Nicht die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, sondern die englischen Gewerksvereine sind unser Vorbild gewesen. Durch unseren Antrag ist das Ueberwachungs- und Versammlungsrecht der Polizei beseitigt. Herr Lenzmann scheint sich allerdings keine Versammlung denken zu können ohne Polizei.

Abg. Richter (Freis. Volksp.) Abg. Lenzmann meinte, daß auch nach dem Antrage der Sozialdemokraten das unbeschränkte Auflösungsrecht der Polizei bestehen bleiben würde, und aus dieser Verwägung des Antrages hört Herr von Elm heraus, daß der Abg. Lenzmann sich gar keine Versammlung ohne Polizei denken kann. Wenn Herr von Elm sich nun genügt fühlt, die Freisinnige Zeitung angzugreifen, so schlage ich ihm auch diese Waffe einfach aus der Hand, indem ich darauf hinweise, daß die Freisinnige Zeitung 1889 für die Streikenden in Dortmund eingetreten ist. (Ruf von den Sozialdemokraten: Für die Buchdrucker auch?) Nein, für die nicht, denn das ist eben der Unterschied. Den Buchdruckerstreik halte ich allerdings für einen trivial vom Haan gebrochenen Streit, der Millionen gekostet und durch den Verlaufs bewiesen hat, wie sehr die Buchdrucker Unrecht gethan haben, ihren sozialistischen Führern zu folgen.

Abg. Jubel (Soz.) führt Beschwerde über einen Fall in Joffen, in dem der Bürgermeister mit einer Rüge, die fast an Exzessivität freige, eine Saalbesitzerin gezwungen habe, ein dem Abg. Jubel zu einer sozialdemokratischen Versammlung bewilligtes Lokal zurückzugeben. Die Unterdrückung der Saalbesitzerin unter dem betreffenden Schriftstück habe große Ähnlichkeit mit der Handschrift des Bürgermeisters gehabt. Das sei auch eine Illustration zum preussischen Vereins- und Versammlungsrecht.

Preussischer Minister des Innern v. Köller: Ich bitte den Vorredner, wenn ihm Unrecht geschehen ist, sich an die vorgelegte Behörde zu wenden. Wenn ihm der Beschaid, den er dort bekommen wird, nicht konveniert, mag er sich an die höhere Instanz wenden, die Sache wird dann schließlich auch an mich kommen. (Abg. Singer: Wenn Sie dann noch Minister sind!) Ob ich dann noch Minister bin, wollen wir abwarten. Wenn Sie beratige Beschwerden haben, ich bin im preussischen Ministerium zu sprechen. (Beifall rechts.)

Abg. Stolle (Soz.) hält seine Behauptungen über das sächsische Vereinsrecht aufrecht.

Abg. Bebel: Daß der Abg. Richter ein heftiger Gegner des Buchdruckerstreiks war, hat seiner Partei nichts genützt. Die Ursache des Streikes war die Hoffnung, die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden zu ermäßigen. In einer großen Zahl von Schmutzgeschäften war Zeitungsdruckerei getrieben worden und dadurch ein großes Angebot von Arbeitkräften entstanden, so daß auf die Dauer die verhältnismäßig günstigen Arbeitsbedingungen nicht mehr hätten aufrecht erhalten werden können. Man hoffte, durch Befreiung der Arbeitszeit die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Personen zu erlangen. Buchdrucker, die zum Centrum oder zur konservativen Partei gehörten, waren bereit, die Forderungen der Buchdrucker zu bewilligen, wenn sich die große Mehrzahl der Kollegen ihnen angeschlossen hätte. Wir haben uns in den Streit nicht im mindesten hineingemischt. Die Behauptung, daß wir weiter nichts mit unserem Antrag beabsichtigten, als Agitationsstoff zu finden, kann nur Abg. Richter aufstellen. Wer so viele Drohreden gegen die Sozialdemokratie geschrieben hat, sollte wissen, daß diese Forderung auf unserem Programm steht. Bis zu diesem Augenblick ist

der sozialdemokratischen Partei noch nicht der Gehalts gekommen, eine Drohkredere heraus zu machen (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (Freis. Volksp.): Ich habe persönlich keinerlei Interesse an dem Buchdruckerstreik gehabt, meine Zeitung selbst beschäftigt keine Verbandsmitglieder. Der Streik war ungerechtfertigt, weil nach den ganzen Verhältnissen des Buchdruckerwerkes es damals unmöglich war, eine weitere Konzession in größerem Umfange zu machen. Daß die Führer der Gewerkschaften überhaupt Sozialisten waren, ist mir klar geworden aus der fortgesetzten Bekämpfung des Organs dieser Gewerkschaft, des „Correspondenten“.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der erste Satz des § 1 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei und der Mehrzahl der Freisinnigen Vereinigung mit wenigen Ausnahmen abgelehnt, desgleichen gegen dieselbe Minderheit der zweite Satz und § 1 im ganzen.

§ 2 des Antrags Auer: „Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden,“ wird ebenfalls abgelehnt, worauf die übrigen Paragraphen vom Abg. Singer namens der Fraktion zurückgezogen werden.

Das Haus verläßt sich nunmehr auf Dienstag 1 Uhr. (Dritte Beratung des Nachtragssetats, Abstimmung über die Wahl des Abg. Dr. Böttcher und Prüfung der Wahl des Abg. v. Dziembowski (Dompf), zweite Beratung der Umsturzvorlage.)

Der dem Reichstage zugehende zweite Nachtragssetat soll eine außerordentliche Beihilfe des Reiches für die von der Heuschreckenplage in Not geratenen Bezirke Ostafrikas erwirken. An die durch die Ueberschwemmung der Flüsse in Not geratenen engeren Landsteute denkt niemand, da geht der Kringelbeutel umher.

Der Entwurf eines Apothekengesetzes ist den Regierungen der Einzelstaaten zugegangen. Von einer Verstaatlichung der Apotheken, welche unsere Genossen im Winter vor einem Jahre beantragt haben, ist im Interesse der Apothekenbesitzer natürlich keine Rede.

Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich, wie die Volksztg. erfährt, mit der vielerörterten Dissidentenfrage: Es handelte sich um die Beratung von Petitionen, in denen gegen den Erlaß des früheren Kultusministers Grafen Zedlitz Einspruch erhoben wird, der die Dissidenten verpflichtet, ihre Kinder an dem Religionsunterricht der Volksschule teilnehmen zu lassen. Von konservativer Seite wurde beantragt, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen, während von liberaler Seite Ueberweisung zur Berücksichtigung verlangt wurde. Der erstere Antrag wurde schließlich mit einer Stimme Mehrheit angenommen, wobei sich ein National-liberaler der Abstimmung enthielt. Ein Antrag von konservativer Seite, die Petitionen, soweit sie die Befreiung des Ministers von Zedlitz vom 16. Januar 1892 betreffen, der Staatsregierung als Material dahin zu überweisen, daß baldmöglichst eine gesetzliche Regelung des Religionsunterrichts der Dissidenten Kinder herbeigeführt werde, war vorher gleichfalls abgelehnt worden.

Partei-Nachrichten.

Zum Vormarsch der Sozialdemokratie. In welchem Umfange der Sozialismus in Flandern Boden gewinnt, geht aus den Ergebnissen der Gewerbetätigenwahlen hervor, die am Mittwoch in den dortigen Industriestädten vorgenommen worden sind. In Kemax behielten die Katholiken mit 289 gegen 252 sozialistische Stimmen noch die Mehrheit; in Termonde (Deundermonde) dagegen rissen die Sozialisten mit 153 Stimmen den Sieg an sich, denen 73 konservativ-katholische und 51 demokratisch-katholische Stimmen gegenüberstanden. Es geht also auch in Flandern vorwärts!

Nach einem Privattelegramm der Magdeburgischen Zeitung sollen die Abgeordneten Bebel und Liebknecht im Juni in Paris in mehreren sozialdemokratischen Vereinen Vorträge halten. Fauler Zauber.

Die sozialistische Partei Italiens wird bei den nächsten Wahlen 152 Kandidaten aufstellen. 130 davon sind schon offiziell proklamiert, 15 in Piemont, 34 in der Lombardei, 5 im Venezianischen, 7 in Ligurien, 13 in Emilia, 16 Toskana, 1 in den Marken, 14 in Umbrien, 2 in Campania, 3 Puglien, 3 Calabrien, 1 Sardinien, 16 in Sicilien. Nicht überall halten sich die Genossen streng an den Parteibeschluß, wonach sie im ersten Wahlgang kein Bündnis eingehen dürfen. Unter Siciliens Kandidaten ist ein radikal-sozialistischer, ein republikanisch-sozialistischer, in Neapel kandidiert der bekannte „Anarchist“ Merlino, gegenwärtig im Gefängnis, der, wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, sich jüngst zum Sozialismus bekehrt haben soll.

Strafungen, Verfolgungen etc.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Vogt in Welfungen wurde der Redakteur des Volksblattes für

Hessen, B. John, vom Schöffengericht in Kassel zu 14 Tagen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Die in Madrid verhafteten Mitglieder des sozialdemokratischen Komitees sind wieder auf freiem Fuß gesetzt worden.

Benefice Nachrichten.

Berlin. Der Vorstand des Deutschen Freidankerbundes hat dem Reichstage einen energischen Protest gegen die Umsturzvorlage zugesandt.

Breslau. Berliner Wind wehte einen Aufruhr an die Studentenschaft, eine Petition gegen die Umsturzvorlage zu unterschreiben, vom „Schwarzen Brett“.

Düsseldorf. Der Provinzial-Landtag lehnte mit 119 gegen 21 Stimmen die Errichtung von Landwirtschaftskammern ab.

Erfurt. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder wurde der Polizeikommissar Reinhold Krüger verhaftet. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf ca. 800 Mk.

München. Die Volkspartei in Bayern hat dem Reichstage durch den Abg. Kröber nahezu 20,000 Unterschriften gegen die Umsturzvorlage überreichen lassen. Viele Laufende gingen noch direkt nach Berlin ab.

Strasburg. Bei der Bezirkstagswahl Strasburg-Nord erhielt der Gemeinderat Eichen (gouvernemental) 1145, der freisinnige Rechtsanwält Meyer 1073 und unser Genosse Böhle 758 Stimmen.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Gr. Ottersleben. (Maurer-Versammlung.) Am Sonntag, den 12. Mai 1895, abends 7 Uhr, findet im Lokale des Herrn Friedrich Strumpf (kleiner Saal) eine öffentl. Maurer-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Delegierten von dem 9. Maurerkongress in Halberstadt 1895. 2. Verschleiden. Es ist Pflicht aller Maurer von Gr. Ottersleben, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ermannet Euch, formirt die Bataillone auf der Grundlage des Euch gesetzlich gewährtesten Rechts, übet Euch in den Waffen, die das Gesetz Euch bietet, das heißt: Ihr müßt Euch der Zahlstelle von Gr. Ottersleben anschließen, Ihr müßt Euch gewerkschaftlich organisieren. [S.]

Der Verein der Restaurateure und Bierinteressenten von Magdeburg und Umgegend hält am Donnerstag, den 9. Mai, nachmittags, im königlichen Lokale, Sudenburg, eine Versammlung ab.

Mittwoch, den 8. Mai: Freie Gemeinde Sudenburg. Gemeinde-Versammlung abends 8 1/2 Uhr.

Saaten-Wanderung. Gesangsgruppe des sozialdemokratischen Arbeitervereins Groß Ottersleben. Übungsstunde jeden Mittwoch im Lokale der Frau Wasserzieher.

Gesangsverein „Einigkeit“, Budau. Übungsstunde Mittwoch abend im Balzers Restaurant, Klosterbergstraße.

Burg. Gesangsverein „Vormarsch“. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei E. Jense, Holzstraße 2.

Hausarztstunde des Naturheilvereins Neue Neustadt. Jeden Mittwoch für Männer und jeden Freitag für Frauen Übungsstunde im früheren Bornschen Hause, Nachtweide.

Donnerstag, den 9. Mai: Arbeiter-Gesangsverein „Gleichheit“, Kl. Ottersleben. Jeden Donnerstag abends 9 Uhr Übungsstunde bei Herrn Eggert.

Verein für vegetarische Lebensweise und arzneilose Heilkunst. Abends Versammlung in der „Pomona“.

Männer-Turnverein „Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstr. 52.

Turnerschaft „Vormarsch“, Sudenburg. Jeden Dienstag und Donnerstag abend 8 Uhr Turnstunde in der „Herber Bierhalle“.

Theaterverein „Hoffnung“ Alte Neustadt Abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im Hohmanns Restaurant, Moldenstr. 26.

Mittwoch Arbeitsnachweis-Kommission.

Table with 5 columns: Wasserstände, Moldau, Eger, Iser, Elbe. Rows list various locations like Budweis, Prag, Jungbunzlau, Lann, Pardubitz, Brandeis, Melnik, Leitmeritz, Auhlig, Dresden, Torgau, Wittenberg, Roslan, Barby, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Dömitz, Babelsberg, and Saatenburg with corresponding water levels and dates.

Mitglieder-Versammlung des Vereins der Restaurateure und Bier-Interessenten von Magdeburg und Umgegend am Donnerstag, den 9. Mai, nachm. 5 Uhr, bei Mitglied F. Königstedt, Sudenburg, Schöningerstraße Nr. 28. Restaurateure, die Mitglieder werden wollen, mögen sich in der Versammlung einfinden.

Moleskin-Waschhosen à 2.00. Grün mel. Joppen für Haus und Comptoir à 2.00. Arbeitshosen Marke Hercules zu verlangen à 2.50. Größtes Lager aller Arbeits-Garderoben und Knaben-Anzüge. Kleider-Magazin und Massgeschäft L. Maerker, Br. Weg 80 u. 81 Ecke Katharinenstraße.

Schnell-Stenographie! Achtung! Mit wenigen Regeln und 40 Schiffschreiben schreibt selbst Damen und Schüler nunmehr über 300 Wörter per Minute; übertreffen gewöhnliche Schrift um das Fünffache, Stenographie um 33% Prozent an Kürze. Die preisgünstigste Lehrzeitung schreibt: „Sie wird den Sieg davontragen; wer eine Schnellschrift lernen will, der lerne nur diese!“ Den neuesten Lehrgang zum Selbstunterricht in wenigen Stunden versendet gegen 1 Mk. 5 Pf. franco der Erfinder: August Lehmann Berlin SW. 47, Mödterstraße 112, Hof rechts I. 701 Größtes Brot bei schwerstem Gewicht, à Stück 35 u. 50 Pf., liefert die Bäckerei von H. Wiezer, Grünauerstr. 8.

Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau der Gewerkschaften Magdeburgs mit Zentral-Verberge Kleine Klosterstraße Nr. 15/16. Kostenlose Arbeitsvermittlung und Auskunftsverteilung in gewerblichen Streitfragen. Gesucht werden: Schneider, Schuhmacher, Bildhauer oder Steinmetz, Böttcher auf Bauchaß, Barbier, Korbmacher und Bürstenmacher. Es suchen Stellung: Drechsler, Metallarbeiter aller Branchen, Hausdiener, Comptoirboten, Tischler, Hausburden und männliche Arbeiter für jede Beschäftigung, Aufwärtinnen und Wäscherinnen etc. Sämtliche Schulbücher und Schreibhefte etc. etc. zu haben in Müllers Buchbinderei, Neue Neust. Breiteweg 55, gegenüber dem Konsumverein. F. Bley, Uhrmacher Stephansbrücke 10, verkauft u. reparirt alle Sorten Uhren zum billigsten Preise. Quittung. Für Parteizwecke gingen ein: 1 A. vom humoristischen Abend bei Pöker. Der Vertrauensmann.

14. Ziehung der 4. Klasse 192. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die die Gewinne über 210 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

6. Mai 1895, nachmittags.

Table of lottery results for the 4th class, 192nd drawing. Columns include winning numbers and their corresponding prizes.

14. Ziehung der 4. Klasse 192. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die die Gewinne über 210 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

6. Mai 1895, nachmittags.

Table of lottery results for the 4th class, 192nd drawing. Columns include winning numbers and their corresponding prizes.

Main table of lottery results for the 4th class, 192nd drawing. Columns include winning numbers and their corresponding prizes.

Advertisement for Heinrich Casper, clothing store. Text: 'Eleg. Jackett- und Rock-Anzüge', 'Commer-Paletots', 'Hosen in neuen Dessins', 'Jacketts und Lappen', 'Knaben-Anzüge', 'Arbeits-Hosen u. Jacketts', '133 Breiteweg 133, Ecke Dreieckstr.'.

Advertisement for 'Grundsätze u. Forderungen der Sozialdemokratie' by Karl Kautsky and Bruno Schönlank. Text: 'Erläuterung zum Erfurter Programm', 'Preis 10 Pfennig'.

Advertisement for 'Die Naturheilkunde für jedermann anwendbar!' by Hauschab der Gesundheit. Text: 'Polkämlich dargestellt von Dr. Paul Schmidt', 'M. Herrmann & Co., Verlag, Dresden'.

Advertisement for 'Lampen, Emaille-Geschirr' and 'sämtl. Küchengeräte etc.' by August Scharioth. Text: 'Meine werthen Freunde und Bekannten mache ich hiermit auf mein reichhaltiges Lager von...'

Advertisement for 'Gustav Klein jr. Heilbrunn a. H.' Text: 'Cigarettenspitzen', 'Cigarettenspitzen', 'Holzreifeisen jeder Art', 'Neustädter Speisewirtschaft'.

Advertisement for 'General-Versammlung' of the 'Arbeiter-Sängerverein'. Text: 'Am Donnerstag, den 9. Mai, findet im Hamel'schen Cafe...'

Advertisement for 'Eodes-Anzeige' by Wilhelm Lakenmacher. Text: 'Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß der Reparaturmeister...'

Advertisement for 'Café und Restaurant Civoli'. Text: 'Capitale drei Fremden und Bekannten keine Bekanntschaft', 'Adolf Veckenstedt', 'Kaiserstraße 35a'.

Advertisement for 'Anfertigung feiner Herren- u. Knaben-Garderoben' by C. Jilmer. Text: 'nach Maß, Sommer-Anzüge von 30 Mark', 'C. Jilmer Schneidermeister', 'Buckau, Coquiststr. 5'.

Advertisement for 'Eodes-Anzeige' by Wilhelm Lakenmacher. Text: 'Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß der Reparaturmeister...'

Der Sandbote

Unabhängiges Organ für die Interessen der Sandbewohner.

(Beilage zu Nr. 106 der Magdeburger „Volkstimme“.)

Der „Sandbote“ erscheint wöchentlich als Beilage der Magdeburger „Volkstimme“. Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg. Verlag von B. Hirschmann, Magdeburg-Neustadt. Druck von E. Arnoldt, Magdeburg.

Magdeburg, 8. Mai 1895.

Inserate für den „Sandboten“ müssen bis Freitag mittig abgegeben werden. Für den Späteren Teil verantwortlich: Carl Santini, Magdeburg. Preis pro Nr. 1.50 Pf., 12 N. 18.00 Pf.

Ein Milliarden Geschenk für die preussischen Junker.

Wenn man die ständlichen Vorgänge studiert, welche überall den Beginn der kapitalistischen Ära bezeichnen: die Ausplünderung des Volkes durch den Diebstahl am Gemeindegut, die Dotationen an die großen Unternehmer auf Kosten der Steuerzahler und anderes mehr, so ist man oft geneigt zu denken: das sind freilich starke Sünden, indessen kommen sie doch nur in den ersten Zeiten vor. Heute ist so etwas denn doch unmöglich. Die Enclosure Bills würden heute nicht mehr durchgehen, und zur Besetzung einzelner aus Staatsmitteln, um Fabriken zu bauen und in diesen die Leute auszubilden, aus deren Steuern sie besetzt sind, ist auch nicht mehr möglich.

Indessen nur die Formen haben sich geändert. Wir brauchen gar nicht einmal an die Vorgänge in Frankreich und Italien zu denken, wo der Kapitalismus durch einfache Verbrennen sich die Staatsmacht tributär gemacht hat, und wo ein Erbsitz noch Premierminister bleiben kann. So arge Dinge brauchen wir gar nicht einmal anzuführen: wie noch heute die „Künste der Geseßgebung“ benutzt wird, um denen, die sie in der Hand haben, materielle Vorteile zu verschaffen, das zeigt die Steuerreform des Herrn Miquel in Preußen.

Das Geschenk, das hier den Junkern zugewendet ist, kleidet sich in das harmlose Gewand der Lieberweisung der Realsteuer vom Staat an die Gemeinden. Die Realsteuern, das sind Gewerbe-, Gebäude- und Grundsteuer.

Die Grundsteuer, die hier ja wesentlich in Betracht kommt, ist bekanntlich etwas ganz anderes, wie jede andere Steuer. Sie bedeutet einen festen Abzug von der Grundrente, den der Staat macht, und da der Wert des Grundbesitzes durch den Kapitalwert der Grundrente steigt, so hat der Käufer beim Kauf diesen Abzug bereits in Rechnung gestellt, er hat die Grundsteuer eben so viel bedeutet, als wenn dem Staat ein Teil jedes Grundes gebührt, dessen Ertrag dann jährlich an ihn abgeführt werden muß.

Die Gemeinde, das ist nun die Gemeindegemeinschaft der Grundbesitzer mit ihren bezugsweisen wohnenden Arbeitern. Die Bedürfnisse dieser Grundbesitzer und ihrer Arbeiter, so weit sie kommunaler Natur sind, müssen auf irgend eine Weise natürlich von den Gemeinden gedeckt werden. Wenn man die Grundsteuer aber den Gemeinden überweist, so ist das keine Spiegelsteuer: der Staat verzichtet auf sie, er macht damit den Grundbesitzern ein Geschenk.

Sie der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 29. Januar 1895 hat der Landwirtschaftsminister

bestätigt befindet, in welchem sich das Schmutzwasser und sogar das aus den Schmelzschmelzen ansammelt. Diese stinkende Saugse soll zum Ansaugen des Grundes unter den Schmelzschmelzen benutzt werden. Wie wirksam und gesundenheitsfördernd das ist, braucht nicht erst beschrieben zu werden. Weil nun der Arbeiter seine Anwesenheitspflicht hat — was in anderen Augen jedoch als eine unerhörte Frechheit betrachtet zu werden scheint — würde er auf das Strafenpfeifer getauft. — Die angeführten Tatsachen beruhen auf Wahrheit und werden nun nach verschiedenen Richtungen hin weiterverbreitet. Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen, geben wir den Arbeitern die Mitteilung, daß die Hauptfrage ist jedoch, daß die Lieberweisung der Realsteuer wirklich vorhandener Liebesgaben in Gelden veranlassen kann. Man sende uns bitte nur berattige auf **W a s h e i t** zu senden. Nicht übertriebene Berichte ein, die wir denn auch weiter verbreiten. Ober aber die Arbeiter mögen solche Dinge der in Magdeburg bestehenden, von den organisierten Arbeitern gewählten Gewerbe-Kommunikationskommission einreichen, deren Adresse im Interimsteil der „Volkstimme“ öfters veröffentlicht wird. Da der Name des Einreichers unter keinen Umständen preisgegeben wird, läßt niemand Gefahr, die manregelt zu werden. Um aber weiteren Maßregeln ähnlicher Art, die doch nur Vorzüge gegen die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation sind, vorzubringen oder abzuwehren, ist es die verdamnte Pflicht und Verantwortung der Arbeiter, sich samt und sonders zu organisieren! —

1/2. Fabrikstadt. (Kanalbauplan.) Die königliche Staatsregierung plant die Erweiterung eines vom Dortmund-Ems-Kanal bei Bevergern abzweigenden und über Braunschweig, Hannover, Meiningen und Wolmirstedt gegenüber der Mündung des Sphingens in die Elbe fließenden Kanals. Die Erlaubnisse beselben betragen 323 Kilometer, auch soll er zweigleisig erhalten nach Danneberg, Mühlberg, Plöthen, Sülzetal, Hildesheim, Hesse, Braunschweig, Magdeburg. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Handelskammer zu Halberstadt um Erstattung eines gutachtlichen Berichts über die wirtschaftlichen Bedingungen des Projekts für Handel und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft erucht.

S. 3. Preußen. (Berichter Nord.) Vor dem Schatzminister Magdeburg standen am 3. und 4. Mai die Ältere Lauenburg, Ellshagen, Köber, und deren Löhner, die Kolonialisten Lüneburger, welche aus S. 3. Preußen, angeführt von dem Reichstag. Ihnen wird zur Zeit gesagt, am 27. Oktober v. S. gemeinlichlich verlegt zu haben, den 8 Jahre alten Schulkindern Dänisch mit Streichholzstücken. Welche bestimmten das. Die unangenehme Beweisaufnahme ergab nur die Schuld der Ältere Lauenburg, die jetzt im 73. Lebensjahre steht. Die Geschworenen verurteilten sie zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Sie wird somit die Zuchthausstrafe übersteilen mit dem letzten Bewußtsein: Hier fürst du, das ist keine Strafbüße. Frau Magdeburg wurde freigesprochen, da ihr irgend eine verbrecherische Tätigkeit nicht nachgewiesen war. Ausdrücklich Bericht folgt.

Vermitlertes.

Was ist Sozialdemokratie? Diese Frage beantwortet die Brüder Arbeiterstimme wie folgt: Die Sozialdemokratie ist der Saureteig des öffentlichen Lebens, ohne welchen das Leben sozial und faul werden würde. Die Sozialdemokratie ist der Witwe Destrücker, ohne das die Sozialdemokratie der alten Partreien verhungern müßten. Die Sozialdemokratie ist die neue Form der alten Religion der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, geschmückt mit dem Uchte der modernen Wissenschaft und mit dem Glanze edler Freude und Schönheit. Die Sozialdemokratie ist der Friede. Sie schafft Gerechtigkeit und Menschlichkeit; sie macht ein Ende des trügerischen Eigenruhes die weltbildende, hingebende Gemeinamkeit, und auf dem weissen Blatte der anarchischen Privatwirtschaft baut sie die geregelte Gemeinwirtschaft. Die Sozialdemokratie ist die Verwirklichung der Devise: „Einer für alle — alle für einen!“

üblichen Werten und Schlagsorten und gebären durch einseitige Hedenarbeit, den Reichtum der Bevölkerung zu hinterziehen. Doch es kam anders. Schon am 2. 1/2 Uhr war der große Saal von „Wiederparis“ schon besetzt, und mehrwöchiger Besatz fast nur von Arbeiter. Abends um 10 Uhr waren die letzten Arbeiter, auf der Bühne Platz zu nehmen, ihnen heute lagere so viel Freiheit, wie nicht die Rücksicht der Bevölkerung zu lassen, einen Vortrag zu halten, eine Resolution vorzulesen u. dergl. Sachen mehr. Herr Dr. Schindler referierte in sehr heller Art über die Umfahrungen. Lage, als die Ursache der Vorlage besprochen wurde, er nur einzig und allein nach Astenat Gelernte. Dann erstreckte sich seine Ausführungen weiter über die Vorlage, die er ganz und gar für unzulässig hält, den Arbeitern auf Leben beschleunigen. Die von ihm verteilte Resolution enthielt nur ein paar Worte als Protest, sonst nichts. — Nachdem der Vortrag beendet, ergab sich ein lebhaftes Gespräch aus Magdeburg das Wort. Zunächst ging es auf die beiden „Kaufleute“, namentlich auf den Sozialdemokraten. In diesem wurde gesagt, die von den Freunden der Umfahrungen in Widerspruch gesetzte Resolution sei beschab nicht an den Abgeordneten des Reiches, Herrn Blode, geschandt worden, „was die Konventionen gegen jeden — man hört! — Parteibesitzstänus seien.“ Diese Konventionen sollten aber leben in Acht und Mann, der nicht in Schaden der Handelsvorzüge und sonstigen Beziehungen des „Bundes der Kaufleute“ so handhaben, als sie es wünschen. Das ist ein großer Parteibesitzstänus. Das Ministerium der Konventionen wie das der Reichstagen besetzt, daß beide Parteien nicht ganz rein dastünden. Welche das Ministerium habe das Wunschgesetz beabsichtigt, sondern die durch die wichtige wirtschaftliche Verhältnis erregte Unzufriedenheit. Arbeiter, Handwerker, kleine Beamte, alle sind unzufrieden und geben die bei bei Handlungen zum Ausdruck. Bei jeder Wahl verzeichnet sich die Position der verschiedenen Klassen. (Wichtiglich unrichtig ist der Herr Referierende Dr. Schindler den Redner. Er meint, daß sich hier nur lassen; er soll das Wasser nicht mischen, er sei kein Richter des Reiches.) Schindler erwidert ob dieser unrichtigen Unterredung, daß er nur die wahren Ursachen der Vorlage und das Ministerium der Konventionen zur Sprache bringen wolle. (Ministerium Ministerien am Reichstagliche) Schindler: Wenn jedoch verlangt wird, daß sich nicht weiter sprechen soll, dann verziehe ich ab und habe dann konstant, in welcher Weise die Referentinnen die Gegner verweigern. (Allgemeine Herabsetzung am Reichstagliche.) Schindler: Ich habe nun über die Vorlage zu sprechen. Ministerien der Regierungsvorlage ist geklaut worden vor, daß auch andere Parteien getroffen werden, hat sich auch das Spiegelbildertum geregt. Wäre die Vorlage aber speziell nur auf die Arbeiterchaft angelegt, dann wäre die Spiegelvorgeschichte unrichtig. (Der Referierende spricht vom Einzug auf.) Im Jahre 1878 habe die preussische Partei durch ihren Abg. Schindler aber einen Parteigruppen für das Wunschgesetz stellen lassen, der dem schlichten Parteigruppen der Umfahrungen gleiche. Demnach als es galt, nur ein Gesetz gegen die sozialdemokratische Arbeiterchaft aufzuheben zu bringen, hat die preussische Partei Spenderdienste geleistet. (Lärche im Saal.) Das heute die preussische Partei in diesem Falle ebenso noch handeln wird, ergibt sich aus einem Flugblatt, welches von dieser Partei im Kreis Hannover verbreitet wurde, in dem es heißt: „... Wähler! Es handelt sich um den Kampf des gesamten Bürgerums gegen eine von preussischen Führern getriebene Partei, die nur darauf ausgeht, die Arbeiterchaft zu zerstören und die Volksmassen aufzulösen. Da ist es hochverrätlich zu sehen, wie das Bürgerum sich auf seine politischen Pflichten und die verschiedenen Beziehungen besetzen, die sich bis zur Schimpfwahl im nächsten (?) Kampfe beschreiben, nimmere Vergessen, was sie trennt, und geeint den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen wollen.“ — (Das Klingel erschallt; der Referierende entzieht dem Abgeordneten das Wort und sagt: Sie kann es nicht dulden, daß Sie als Ob das Gesetz so missbrauchen. Wäre die Umfahrungen vorläufig schon Gesetz, dann hätten alle das nicht alles sagen dürfen.) Damit hat er doch offen gesagt, daß er — über legen wir: die preussische Arbeiterchaft — sich für ein Wunschgesetz erwirten können, um die gefällige Lieberlegung der Sozialdemokratie mit Gewalt zu unterdrücken, um die preussische Unterwelt hinter einen Wall von brutalen Partagraben zu verborgen. Dann erstelle der Reichstag eine Resolution mehr das Wort, gleichgültig, ob Schindler oder nicht. Diese eine Resolution vor, läßt abstimmen, ob Schindler oder nicht. Diese eine Resolution Resolution fand einstimmige Annahme. Durch diese Herabsetzung der Arbeiter haben die preussischen Parteigruppen bewiesen, wie unerbittlich sie es mit der „Freiheit des Wortes“ meinen. Nächsten Sonntag findet jedoch eine öffentliche Volksversammlung statt, in der über die bürgerlichen Parteien und die Umfahrungen referiert und das Handeln der Referentinnen gebacht wird.

Satz. (Nach einem die Arbeiterentscheidung.) In vorletzter Nummer gelieferten wir die schmerzvolle Entlassung eines Arbeiters auf dem Gelände. Dabei teilten wir mit, daß der Verzeihe, nimmere am Bangeleiche wogende, nichts anderes hat, als im Interesse seiner Mitarbeiter öffentlich geltendgemachte Einwirkungen der Glasbläse zur Sprache zu bringen. In der betreffenden Bestimmung erwählte nimmere ich der Arbeiter, daß nicht neben der Arbeitstätte sich der Saal

Agropolitik.

Der Geld für die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel...

Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel...

Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel...

Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel... Die Santer stellen die miquel...

als die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Zur Lage der Sanbwohner.

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Zur Lage der Sanbwohner.

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...

Die Sanbwohner auf ihren bisher... Die Sanbwohner auf ihren bisher...